

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (13. Jahrgang, Nr.08, August 2019)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Als Ministerialrat braucht der Mensch eine Ausbildung und ein möglichst gutes Examen. Minister hingegen kann jeder werden.

Helmut Markwort, 1993-2010 Chefredakteur des „Focus“

Pflegevollversicherung mit Eigenbeteiligung

Die Diakonie schlägt die Einführung einer Pflegevollversicherung mit Eigenbeteiligung vor. Sie veröffentlicht heute Eckpunkte für eine grundlegende Pflegereform. Im Gegensatz zum bestehenden System sollen alle notwendigen Leistungen der Pflege und der Betreuung durch die Pflegeversicherung abgesichert sein. Die pflegebedürftigen Menschen beteiligen sich an den Kosten mit einer begrenzten und kalkulierbaren Eigenbeteiligung.

"Die Einführung der Pflegeversicherung war 1995 ein wichtiger Schritt und hat pflegebedürftigen Menschen deutlich entlastet", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. "Mittlerweile ist eine Reform überfällig, denn die Lebenswirklichkeit und die Bedarfe haben sich komplett verändert. Die gestiegene Lebenserwartung und demographische Entwicklung, die Mobilität von Familien und die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männer lassen immer weniger zu, dass die Familie bzw. der Privathaushalt die Hauptlast trägt", betont Loheide. "Wir brauchen flexible Unterstützungsangebote, eine bessere Kombination von ambulanten und stationären Leistungen und finanzierbare Lösungen."

Auch künftig müsse es eine Eigenbeteiligung an den Pflegekosten geben - und selbstverständlich muss zusätzlich für Unterkunft und Verpflegung gezahlt werden. Dabei müsse die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen jedoch begrenzt und kalkulierbar werden, meint Loheide.

Die Eckpunkte der Diakonie für eine grundlegende Pflegereform finden Sie unter <https://www.diakonie.de/diakonie-texte/konzept-fuer-eine-grundlegende-pflegereform/>

Platon

„Aller Bildung Anfang liegt darin, sich in seinem Selbstverständnis, seinen Denkgewohnheiten und Konventionen in Frage stellen zu lassen. Und das geht nirgends so gut wie in der dialogischen Begegnung mit anderen Menschen. Wer wirklich lebendig werden möchte, sollte sich der Begegnung mit anderen nicht entziehen – gerade dann nicht, wenn sie unbequem sind und uns in unserem Stolz und unserer Eitelkeit verletzen. Nichts bringt uns auf dem Weg zu einem erfüllten und lebendigen Leben so weit wie ein anderer, der uns wie Sokrates mit seiner Unbequemlichkeit elektrisiert – und nicht wie Menon in Selbstgefälligkeit und Selbstmitleid erstarren lässt.“

Zitiert in Christoph Quarch, Platon und die Folgen

Zum Einspruch gegen einen Leserbrief

Im Info-Blatt 06/2019 haben wir einen Leserbrief von Bruder Ekkehard Gertig abgedruckt. Das hat einen anderen Bruder dazu veranlasst, uns mitzuteilen, dass er empört darüber sei, dass wir so einen Leserbrief kommentarlos abdrucken. DAGS hat ihm darauf geantwortet:

„Über Deinen Brief haben wir uns sehr gewundert, denn Rede- und Pressefreiheit ist bei uns in Deutschland ein grundgesetzliches Recht. Und uns ist keine Publikation bekannt, welche Leserbriefe nur kommentiert veröffentlicht. Wenn in einem Leserbrief zur Gewalt aufgerufen wird oder Menschen persönlich beleidigt werden, dann würden wir diesen Leserbrief gar nicht veröffentlichen. Eine persönliche Beleidigung können wir in dem von Dir genannten Leserbrief nicht feststellen.“

Ich selbst schätze es an unserer Brüder- und Schwesternschaft sehr, dass man hier nicht nur seinen christlichen Glauben in ganz unterschiedlicher Weise leben darf, sondern auch zu allen Fragen menschlichen Daseins unterschiedliche Auffassungen vertreten darf. Deshalb ist es für mich verständlich, wenn Bruder Gertig befürchtet, dass die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit in anderen EU-Ländern auch in unserer Brüder- und Schwesternschaft Freunde finden könnten.

Klaus-Rainer Martin

Buchbesprechung

(Fortsetzung von 07/2019)

Wolfgang Kessler

Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern - eine Annäherung in fünf Schritten -

1. Stoppt das Diktat der Rendite!

Jahrzehntelang setzte die Politik auf Privatisierung, auch in der Daseinsvorsorge. Sie verkaufte öffentliches Eigentum – allein in Berlin verscherbelte die SPD-Regierung 209.000 preiswerte Wohnungen an Spekulanten. Das Rendite-Diktat regiert längst auch die digitale Welt: Das Internet ist von Privatkonzernen dominiert, die mit den Daten der Nutzer Geld verdienen. Es braucht deshalb eine drastische Wende: Pflege und Gesundheit sind soziale Aufgaben und müssen so organisiert werden, dass das Renditedenken keine Rolle spielt. Das gilt auch für Wohnen, Wasser, Strom und öffentlichen Verkehr.

2. Führt ein Grundeinkommen ein!

Angst vor Abstieg und vor der Zukunft ist das beherrschende Gefühl in dieser Gesellschaft. Angesichts tiefgreifender Veränderungen durch die globale Konkurrenz

und die Digitalisierung dürften diese Existenzängste weiter wachsen. Wenn diese Veränderungen im demokratischen Rahmen bewältigt werden sollen, braucht es soziale Sicherheit: ein Grundeinkommen für alle. Es geht um ein sozial gerechtes Grundeinkommen.

Alle Bürger über 18 Jahre, die ihren Lebensmittelpunkt seit zehn Jahren in Deutschland haben, erhalten ein Anrecht auf ein monatliches Grundeinkommen vom Finanzamt in Höhe von zum Beispiel 800 Euro, Kinder und Jugendliche 400 Euro. Im Unterschied zu anderen Modellen wird dieses Grundeinkommen vom Finanzamt ausbezahlt und mit der Steuer verrechnet. Das heißt: Wer keine Steuern bezahlt, erhält das Grundeinkommen. Wer zum Beispiel 1800 Euro Steuern pro Monat zu zahlen hat, zahlt noch 1000 Euro, der Anspruch auf das Grundeinkommen wird auf die Steuerlast angerechnet.

Niemand lebt mehr in absoluter Armut – und dies, ohne dass sich die Bürger vor der Bürokratie erniedrigen müssen. Das Grundeinkommen stärkt Menschen in allen Lebenslagen. Sie können ihr Leben kreativer und selbstbestimmter als heute gestalten. Und der gesellschaftliche Zusammenhalt wächst. Eltern können ihr Leben mit Kindern leichter organisieren, indem sie Erwerbsarbeit teilen. Sie hätten mehr Zeit für ihre Kinder. Ähnliches gilt für Bürgerinnen und Bürger, die Angehörige oder Freunde pflegen – oder die einem Ehrenamt nachgehen.

3. Schafft eine gerechte Klimapolitik!

Noch immer wiegen sich Politik und Wirtschaft in einer schönen Illusion: Klimaschutz gelingt, wenn wir möglichst schnell auf neue Techniken wie erneuerbare Energien oder E-Autos setzen. Doch das ist ein Trugschluss. Bedenkt man, dass die Deutschen viermal so viele Treibhausgase ausstoßen, wie es klimaverträglich ist, braucht es viel mehr als neue Techniken: Notwendig ist die grundlegende Veränderung von Konsum und Produktion. Die wird erst kommen, wenn Umweltzerstörung, Verschwendung und Wegwerfwirtschaft durch Abgaben verteuert werden.

Gleichzeitig wird diese Ökopolitik nur akzeptiert, wenn sie sozial gerecht gestaltet ist. Ein Gedankenspiel zeigt, wie dies möglich wäre: Die Regierung erhebt Abgaben auf Kohlendioxid und auf endliche Rohstoffe. Das klingt abschreckend. Nehmen wir aber weiter an, dass die Regierung die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurückgibt. Jede Bürgerin, jeder Bürger, jedes Unternehmen erhält im folgenden Jahr einen Scheck über den gleichen Betrag aus den Einnahmen der Ökoabgaben. Undenkbar? Nein, es geschieht schon. Die Schweizer Großstadt Basel erhebt seit 15 Jahren eine Stromabgabe – und zahlt im folgenden Jahr jeder Bürgerin, jedem Bürger (Kinder eingeschlossen) und jedem Unternehmen für jeden Arbeitsplatz den gleichen Betrag aus den Einnahmen aus der Abgabe zurück. Die Botschaft an alle: »Je weniger Strom du verbrauchst, desto mehr profitierst du von der Rückzahlung.« In Basel hat dies zur Einsparung von Strom geführt. Eine CO₂-Steuer nach diesem Muster wäre der Einstieg in die ökologische Revolution des Lebens und Arbeitens von heute. Die gerechte Rückzahlung an die Bürgerinnen und Bürger würde garantieren, dass diese Revolution von der Bevölkerung akzeptiert wird – so ist es auch in Basel.

4. Etabliert einen öko-fairen Welthandel!

Noch immer bestimmen die Prinzipien des freien Welt Handels die Weltwirtschaft, auch wenn sie in der Praxis durch eine egoistische Wirtschaftspolitik der USA, Chinas und der Europäischen Union außer Kraft gesetzt

werden. Freihandel, das klingt gut: Die Abschaffung von Zöllen und mehr Konkurrenz sorgen überall für billigere Produkte. Alle können sich mehr leisten. Das Dumme ist nur, dass jetzt diejenigen Anbieter im Vorteil sind, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen bieten, jene Länder, die geringe oder gar keine Umweltstandards haben, und die Unternehmen, die geringe Löhne zahlen. Zum Beispiel Baumwolle: Sie darf aus den meisten Ländern des Südens zollfrei importiert werden. Doch ihr Anbau verbraucht extrem viel Wasser, sorgt für Pestizid-Vergiftungen, und auf den Feldern werden Hungerlöhne gezahlt, damit die Wohlstandsbürger billige Kleidung haben.

Die Alternative wäre ein öko-fairen Welthandel. Dann würde Zollfreiheit nur noch für fair gehandelte Biobaumwolle gelten. Das hätte Folgen: Jetzt wird der Anbau jener Baumwolle billiger, für die gerechtere Löhne bezahlt werden, für die nur ein Zehntel Wasser gebraucht wird und die nicht mit Pestiziden behandelt wird. In dem Augenblick, in dem der Welthandel von der Politik öko-fair gesteuert wird, fördert er eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft.

5. Investiert in die Armen!

Das kapitalistische Denken in Renditen und Großprojekten prägt längst auch die sogenannte Entwicklungspolitik. Da geht es um einen »Marshallplan für Afrika« oder ein Investitionsprogramm von 25 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der irakischen Stadt Mossul. Doch wie viele der geplanten Milliarden kommen wirklich bei den Menschen vor Ort an – und wie viel bei ausländischen Konzernen und Bürokraten?

Wäre es da nicht besser, von den Menschen aus zu denken? Ein Vorschlag: Die Geberländer für Mossul planen 3 der vorgesehenen 25 Milliarden Dollar für eine unkonventionelle Strategie ein. Alle Bewohner und alle Rückkehrer nach Mossul – Frauen, Männer und Kinder – erhalten zehn Jahre lang jeden Monat ein Einkommen von zwanzig Dollar. Damit kaufen sie Lebensmittel, Stoffe für Kleidung, Gips und Zement, um Wohnungen zu renovieren. Dann werden Bäckereien, Metzgereien, Nähereien, Handwerksbetriebe und Teestuben aus dem Boden schießen. Ein lokaler Wirtschaftskreislauf entsteht.

aus: Publik-Forum Extra

Für Eure/ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an

Klaus Herrmann,

Email: kherrmann@kabelmail.de

Unsere nächsten Treffen finden statt

am 09.09., 14.10. und 11.11. 2019

im Rauhen Haus,

im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer.

Wir treffen uns von 16.30 bis 19.00 Uhr.

Geht und verkündet: Das Himmelreich ist nahe.

(Monatsspruch August 2019 aus Matthäus 10,7)

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Siegfried Heidler, Hamburg

Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

31. August 2019